

Beschluss der Landesmitgliederversammlung Bündnis 90/DIE GRÜNEN GAL Hamburg Samstag, 29. Oktober 2011 Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße 20, 21107 Hamburg

Die GAL in der selbstbewussten Bürgergesellschaft

Schritte zur Verbesserung unserer innerparteilichen Demokratie

Herausforderungen

Die neue Demokratie

Der gesellschaftliche Wandel und die politischen Veränderungen, die sich in den dreißig Jahren seit der Gründung der GAL vollzogen haben, stellen alle demokratischen Parteien vor große Herausforderungen. Ihr Selbstverständnis, ihre Praxis, ihr Stil passen offenkundig immer weniger zu den Ansprüchen, die selbstbewusste demokratische Akteure an sie stellen. Das ergibt sich zum einen aus der politischen Großwetterlage. Von Tunis und Kairo bis Stuttgart beginnt eine monologische, bevormundende Politik zu kollabieren - ob als Diktatur oder als demokratisch legitimierte Hauruck-Politik von oben. „Empört euch“¹ ist zur Parole einer jungen Generation in Nordafrika, im Nahen Osten und in Europa geworden.

Auch in Deutschland tut sich was. Die klassische Parteipolitik erlebt eine Akzeptanzkrise mit womöglich letalem Ausgang. Neue Bürgerinitiativen und Parteien schießen wie Pilze aus dem Boden. Neue, demokratischere Medien helfen dabei. Es wird einfacher, zu kommunizieren und zu intervenieren. Das Verhältnis zwischen Staat, Nichtregierungsorganisationen und politisch hochwirksamen Einzelpersonen wandelt sich. Dialogische Politikformen setzen sich allmählich als demokratischer Standard durch. Plebiszitäre Verfahren etablieren sich; ihre Einführung wird sogar von politischen Kräften unterstützt, denen wir dies früher nicht zugetraut hätten. Überall ist ein alter, missionarisch-paternalistischer Politikstil auf dem Rückzug.

Die „Basisdemokratie“ - einst abgetan als sonderbare Spinnerei einiger Öko-Freaks und Graswurzel-Ideologen - kommt, in geläuterter Form, zu neuen Ehren. Bürgerinnen und Bürger wollen mitentscheiden. Dies ist eine Erkenntnis, die wir aus „Stuttgart 21“ und den Volksabstimmungen in Hamburg ziehen müssen. Jedoch - ausgerechnet den Grünen als den (selbsternannten) Erben der Protestbewe-

¹ Das kleine Traktat des 92jährigen Résistance-Kämpfers Stéphane Hessel („Indignez-vous!“) ist inzwischen mit Millionenaufgaben das Kultbuch einer neuen jungen Protestgeneration in den genannten Regionen.

gungen von einst beschert das neue, ja ungeahnte Probleme. Das gilt auch für Hamburg. War die GAL noch Mitte der neunziger Jahre parlamentarische Pionierin einer bürgerfreundlichen Verfassungsreform, so musste sie 2010 mit Erschrecken feststellen, dass ganz andere Kräfte als sie es sich wünschte von den neuen Möglichkeiten der Volksabstimmung Gebrauch machten. Längst machen sich alle möglichen Interessengruppen in dieser Stadt die neuen Mitsprachemöglichkeiten zunutze. Eine Bürgerschaftsmehrheit, ja, selbst ein vollständiger Bürgerschaftskonsens bietet keine Sicherheit mehr gegen die freie Assoziation von Unzufriedenen. Es gibt ab jetzt eine doppelte Opposition. Das politische Fertiggericht aus dem Rathaus mundet nicht mehr.

Ein kritischer Blick auf uns selbst

Wer in einer solch selbstbewussten Umgebung weiter Politik machen will, muss sich umstellen. Dazu gehört als erstes ein nüchterner Blick auf die Verhältnisse in der eigenen Partei. Die Frage ist: Hat die GAL mit ihrem bisherigen Selbstverständnis und ihrer Organisation noch eine Chance? Die Aufarbeitung der Wahlniederlage vom 20.2.11 hat unter anderem zu einer überraschenden Einsicht geführt: Die Mitglieder der GAL haben zu wenig zu sagen. Beanstandet wurde von vielen Beteiligten der *closed shop* von Vorstand, Fraktion und Behördenleitungen, die mangelnde Einbeziehung der Mitglieder in die Politikentwicklung sowie ganz generell ein Niedergang der Debattenkultur. Gerade weil der Landesverband erfreulich viele Beitritte verzeichnet, muss er sich fragen, welche attraktiven Möglichkeiten er seinen neuen Mitgliedern für ein wirksames politisches Engagement bietet.

Das ist keine Frage des Stils, sondern der demokratischen Glaubwürdigkeit. So wie die GAL strukturiert ist, kann sie ihre eigenen Ansprüche nicht erfüllen. Es haben sich im Laufe der Jahre problematische Handlungsroutinen eingeschlichen. Es gibt - auch das ist ein Ergebnis unserer kritischen Rückschau - kein Forum, kein Gremium, in dem Mitglieder und Entscheidungsträger/innen über die GAL-Politik beratschlagen. LAGen entwickeln Fachpolitik, aber in der Regel keine Politikvorschläge für den Landesverband insgesamt. Die GAL ist in der Primarschulkampagne auch deshalb gescheitert, weil die gesamte Partei quasi als verlängerter Arm der Schulbehörde und der Kampagne Schulverbesserer engagiert war und es keinen Rahmen in der Partei gab, um die strategische Ausrichtung der Kampagne mit einer nüchternen, kritischen Analyse der Stimmung in der Stadt zu konfrontieren und zu hinterfragen.

Häufig steht die GAL mit einem Strauß von fachpolitischen Blumen in der Hand da. Mitgliederversammlungen sind zunehmend Inszenierungen für die Medien; ein Diskurs findet auch hier nicht statt. An den elektronischen Foren beteiligen sich die meisten Funktionäre und MandatsträgerInnen nicht. In den Wahlkreisen ist das Personal zu klein, um wirklich von Öffentlichkeit reden zu können.

Grüne Politik ist in Hamburg erstaunlich privat. Das Wechselspiel zwischen Parteistruktur und Mentalität hat innerparteilich einen Politikstil gefördert, der mit dem politischen Grundkonsens der Grünen kaum zu vereinbaren ist. Denn unsere Wunschvorstellung von unseren Wählerinnen und Wählern ist, dass sie denkende Menschen sind, die in den Betrieb der Republik eingreifen und nicht den Versuchungen des Rechts- oder des Linkspopulismus erliegen. Wenn wir diesen Wunsch hegen, können wir uns keine Parteistruktur erlauben, die die Mitglieder entmündigt. Ganz im Gegenteil - wir wünschen uns politisch intelligente, kritische Mitglieder, die - jedes für sich - ihre persönlichen Entwürfe eines guten demokratischen Verfassungsstaates im Kopf haben und sich für eine unkritische Gefolgschaft und Jubelveranstaltungen zu schade sind. Wir sollten uns hüten, die substanzlose Personalisierung bei den anderen Parteien nachzuahmen.

Wer von der Parteibasis in die Rathäuser entsandt wird, wird dort nicht hingebamt, um die Plattform leer zu hinterlassen und von oben zu winken. Demokrat/in ist nur, wer in ständiger Rücksprache mit der Basis klärt, wie ihr/sein Auftrag gemeint ist. Dies heißt auch, die persönliche politische Verantwortung für eigene Fehlentscheidungen zu übernehmen. Wenn es den Grünen nicht gelingt, in dieser Hinsicht ein attraktives demokratisches Vertretungsmodell zu installieren, wird die politische Entfremdung zwischen Basis und Führung weiter zunehmen. Im zurückgezogenen Landesvorstandspapier für den Landesausschuss am 30.8.11 ist die Bedeutung dieser Frage nicht erkannt worden. Der LaVo hat die zentralen Fragen von Machtteilhabe und Machtausübung nicht erörtert und hat Transparenz lediglich als ein Kommunikationsproblem behandelt. Jedoch haben wir nicht nur ein Kommunikations-, sondern ein elementares **Partizipationsproblem** in Bezug auf die Parteimitglieder.

Vorbildfunktion der GAL

Wenn die GAL mit ihrer innerparteilichen Demokratie zu einem Vorbild für andere demokratische Parteien und Verbände werden will, muss sie **demokratischer sein** als der Durchschnitt der bekannten Organisationen. Nur dann wird sie zu einem Anziehungspunkt für starke demokratische Persönlichkeiten, die bei uns ihre eigenen Vorstellungen dem Diskurs aussetzen und selber mit anpacken wollen. Deshalb sollten wir so bescheiden sein, uns zu sagen: **Vielleicht sind die Besten noch gar nicht bei uns!** Nur wenn wir so denken, bringen wir Gesprächspartnern auf der Straße und Sparringspartnern im Ring den Respekt und die Aufmerksamkeit entgegen, die nötig sind, um neue Kontakte und Kooperationen aufzubauen.

Das bedeutet nicht, das bei der GAL bereits vorhandene **Kapital an Kompetenzen** zu ignorieren. Aber um es bergen und nutzen zu können, müssen wir es erst einmal kennen. Eine kluge Partei nutzt alle Talente. Vor einer großen, schwierigen Aufgabe zu stehen und allein unter den Amtsinhabern nach jemandem zu suchen, der sie bewältigen kann, ist töricht. Solange die Partei jedoch gar nicht fragt, was ein Mitglied in Beruf, Familie, Ehrenamt usw. leistet, kann sie seine Kompetenzen auch nicht wertschätzen und abrufen.

Im Bund sind wir Grünen gerade dabei, uns als drittstärkste Kraft zu etablieren. Hieraus können wir eine erhebliche Zuversicht und Gelassenheit gewinnen, verbunden mit einem geduldigen, aber entschlossenen Blick über den Zaun: **Wir haben die anderen Parteien verändert, und wir werden sie noch weiter verändern.** Diese Haltung ist einer eifersüchtigen, bornierten Parteienkonkurrenz völlig entgegengesetzt.

Politische Inklusion und Streitkultur

Mit der hier geforderten politischen Offenheit und heiteren Souveränität - als Bedingung politischer Durchsetzungsfähigkeit - verträgt sich ein Freund-Feind-Denken nicht. Wir sind längst der Rolle entwachsen, nur *ein* gesellschaftliches Milieu, nur *einen* Lifestyle zu vertreten. Wenn wir so optimistisch sind, die ganze Bundesrepublik zum Besseren verändern zu können, müssen wir bereit sein, uns positiv auf die *ganze* Gesellschaft zu beziehen und kritische Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen. Was uns im politischen Wettbewerb stärken wird, ist eine selbstbewusste und zugleich offene Haltung der **politischen Inklusion**.

Das gilt auch für den innerparteilichen Umgang. Es darf nicht sein, dass ein Parteimitglied sich fürchtet, bei der Partei das Wort zu ergreifen und womöglich dem ganzen Saal zu widersprechen. Gerade wenn wir uns zu einer Zwanzig-Prozent-Partei entwickeln, ist der innere **Meinungspluralismus** ein unverzichtbares Qualitätsmerkmal unserer eigenen Demokratie. Widerborstigkeit ist ein genuin grünes Qualitätsmerkmal.

Bei der GAL ist heute jedoch leider die Tendenz verbreitet, Gegensätze wegzumoderieren, so, als wäre ein politischer Konflikt etwas Schlechtes. Das hierin liegende Fehlverstehen resultiert aus der Verwechslung von Politik- und Privatsphäre. Es bleibt jedoch festzuhalten: **Alle Demokratie ist Streit.** Und zur politischen Streitkultur gehören nun mal Zwischenrufe, Polemiken, Witze - und kollektive Gefühlsbekundungen des Plenums. Es muss Leben in der Bude sein. Eine Partei ist auch ein Verein. Wenn wir die GAL als konfliktfreien, leisen Schonraum einrichten wollten, würde sie keine Gelegenheit für den politischen Nachwuchs bieten, sich in freier Wildbahn zu bewähren.

Mandat und Verantwortung

Mandate und Funktionen werden auf Zeit vergeben. Wer sie innehat, muss in der Demokratie schon mal über seine Nachfolge nachdenken. Wir sind eine Partei der Rotation. Als demokratische Partei wünschen wir uns daher Menschen, die dies realisieren *können* - die also *für* die Politik leben, ohne *von* ihr leben zu müssen. Nur wer möglichst wenig von seiner Partei abhängig ist, kann es sich erlauben, in kritischen Situationen den Mund aufzumachen und laut und vernehmlich Nein zu sagen. Diejenigen, die zeitweilig von ihr abhängig sind, müssen von uns geradezu ermuntert werden, dennoch den

Mund aufzumachen. Wir wollen keine politische Loyalität ohne persönliche Überzeugung. **Zivilcourage fängt in der eigenen Partei an.**

Das gilt auch für die Beziehungen zwischen den Gremien, Ämtern und Mandaten. Was unseren Senatsmitgliedern in der letzten Wahlperiode fehlte, war die systematische Begleitung durch **selbstbewusste, kritische Gegenparts**. Die Einbindung politischer Freunde in eine Behördenstruktur kann zum Verlust genau derjenigen kritischen Instanz führen, die einen vor den großen politischen Torheiten bewahrt. Besonders unsere kleineren Gremien wie die LAGen müssen sich fragen, ob bei ihnen überhaupt ein nennenswertes Meinungsspektrum existiert, das der gesellschaftlichen Bandbreite - zumindest im breiteren grünen Umfeld - entspricht. Ein Sektenwesen, bei dem eine kleine Gruppe sich auf einen einzigen Standpunkt verengt, können wir uns nicht leisten, weil es uns unfähig macht, mit der riesigen Komplexität der öffentlichen Meinungsbildung umzugehen. Scheuklappen wären da fatal. **Ein innerparteilicher Meinungspluralismus muss für uns daher eine Selbstverständlichkeit sein.** Auch der neue Landesvorstand muss diesem Anspruch gerecht werden. Wofür jemand persönlich steht, wird erst in der Kontroverse mit anderen Standpunkten erkennbar.